

Liechtensteiner Volkssblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Mittwoch, 3. Oktober 1973

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

106. Jahrgang - Nr. 146

Verkehrsunfälle: Traurige Bilanz

Im vergangenen Jahr starben 9 Menschen auf liechtensteinischen Strassen

(hoe) Im Jahre 1972 ereigneten sich auf Liechtensteins Strassen 390 Verkehrsunfälle, wobei 9 Menschen ihr Leben lassen mussten, des weiteren wurden 111 Unfälle mit Personenschaden registriert und 419 inländische Pkw-Halter waren mit im Spiel. Insgesamt mussten 230 Führerausweis-Entzüge bzw. Fahrverbote verfügt werden und zwar von 1 Monat bis auf Lebenszeit und 46 Unfälle in alkoholisiertem Zustand mussten in die Polizeirapporte aufgenommen werden.

Dies ist die traurige Bilanz eines Jahres. Die Zahlen sind dem Rechenschaftsbericht der Regierung entnommen.

390 Verkehrsunfälle

Wenn wir die Unfallstatistik seit 1960 verfolgen, so ist ein deutlicher Anstieg von Jahr zu Jahr zu sehen. Im Jahre 1960 gab es noch 144 Unfälle zu beklagen, 1965 bereits deren 207, 1968 (297), 1970 (338), 1971 (349) und im Berichtsjahr ist die 400-Grenze beinahe erreicht.

Der Fahrzeugbestand hat in der Zeit von 1971/72 die 10 000-Grenze überschritten. Auf Liechtensteins Strassen rollen heute bereits an die 11 000 Motorfahrzeuge. Die Zunahme in einem einzigen Jahr betrug über 1000 PKW's (genau 1054).

Aus dieser Sicht ist die Zunahme an Verkehrsunfällen auch verständlicher, das Verkehrsproblem als solches wird uns jedoch in den nächsten Jahren noch arg zu schaffen machen.

Wann ereigneten sich die Unfälle?

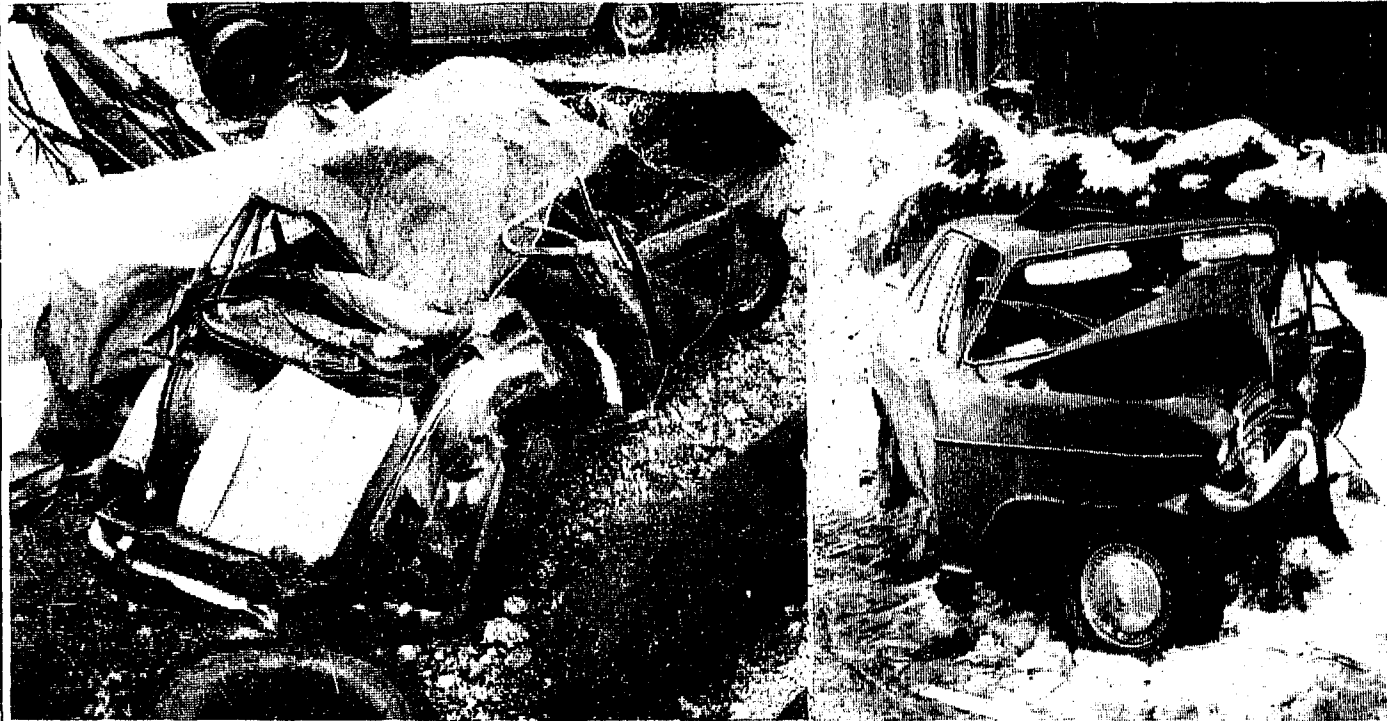
Die meisten Unfälle, nämlich 125 ereigneten sich im 2. Quartal also in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni. Es folgt das 3. Quartal (Juli bis September) mit 113 Verkehrsunfällen vor dem 4. Quartal (96). Am wenigsten nämlich «nur» 56 registrierte man vom 1. Januar bis 31. März. Bei 9 Unfällen waren Kinder unter 14 Jahren mitbeteiligt. Im Verhältnis relativ hoch ist der Anteil an Verkehrsunfällen in den Nachtstunden, nämlich 178 gegenüber 212 während des Tages.

Wo passierten die Verkehrsunfälle?

232 Unfälle ereigneten sich auf signalisierten Hauptstrassen, die Quote auf den übrigen Strassen beläuft sich auf 157 Fälle. Von den 390 Verkehrsunfällen im Jahre 1972 passierten 259 in n e r o r t s .

9 Todesopfer

9 Todesopfer forderte der Strassenverkehr im Jahre 1972 (Vorjahr 8). Das Durchschnittsalter betrug 43 Jahre. Vier Menschen kamen durch Selbstunfälle ums Leben (Vorjahr 3). Zu beachten ist auch die Zunahme der Verkehrsunfälle zwischen Personenautos und Fussgängern. Waren im Jahre 1971 noch 20 Fussgänger beteiligt, wovon einer getö-



tet wurde, so erhöhte sich die Zahl der Zusammenstöße zwischen PKW's und Fussgänger im Berichtsjahr auf 35. Dabei mussten drei Personen ihr Leben lassen. Die übrigen 32 Fussgänger erlitten in den allermeisten Fällen sehr schwere Verletzungen mit teilweiser Invaldität.

230 Führerausweis-Entzüge

Erschreckend hoch ist die Anzahl der Führerausweis-Entzüge bzw. Fahrverbote, nämlich 230. Von diesen 230 Entzügen erfolgten 92 im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall, 128 wegen Uebertretung von Verkehrsregeln und der Rest von 10 Entzügen infolge Krankheit oder Nichteignung als Motorfahrzeuglenker.

102 Entzüge wegen zuviel Alkoholgenusses

Fast die Hälfte der Gesamtzahl an Führerausweis-Entzügen im Jahre 1972, nämlich 102, mussten an Fahr-

zeuglenkern vorgenommen werden, die zuviel Alkohol getrunken hatten. Von diesen 102 alkoholisierten Verkehrssündern bauten 46 (also fast die Hälfte) einen Unfall. 56 alkoholisierte Lenker verloren ihren Führerausweis, verursachten aber keinen Verkehrsunfall. Die durchschnittliche Alkoholkonzentration stieg von 1.94 Promille im Jahre 1971 auf 1.96 Promille im Jahre 1972 an.

Entzugsdauer:

1 Monat bis auf Lebenszeit

Von den insgesamt 230 Totalentzügen entfallen auf Verwarnungen (23), 1 Monat Entzug (46), 2 Monate (51), 3 Monate (19), 4 Monate (8), 6 Monate (12), 8 Monate (1), 1 Jahr (15), 2 Jahre (5), unbestimmte Zeit (8), Lebenszeit (3), Fahrverbote für Mofa-/Traktorlenker (7) und Aberkennung ausländischer Ausweise (32).

86 Selbstunfälle

Von den 390 Verkehrsunfällen im Jahre 1972 kamen 86 Fahrzeuglenker durch Selbstunfälle zu Schaden, eine sehr hohe Zahl, die zweifellos mit weniger Leichtsinn der Betroffenen und vieles geringer sein könnte. Die Verkehrspolizei schreibt dazu in ihrem Bericht an die Fürstliche Regierung: «Den zweitgrössten Anteil an der Gesamtzahl von Verkehrsunfällen (390) bildeten wiederum die Selbstunfälle der Personenlenker. Wenn auch das Total dieser Selbstunfälle gegenüber 1971 um 22 zurückging (1971 = 108), so waren in dieser Sparte wiederum vier Todesopfer zu beklagen (1971 = 3). Während sich zur Tageszeit lediglich 15 dieser Unfälle ereigneten, passierten die meisten der übrigen 71 Unfälle in den späten Nachtstunden. Fast ausnahmslos war die jeweilige Ursache Leichtsinn im weitesten Sinn des Wortes...».

Vaduz geht neue Wege der Informationspolitik

Erste Pressekonferenz mit Bürgermeister Hilmar Ospelt

Die Information zwischen dem Bürger und der Verwaltung muss noch besser, die Politik auch in der Gemeinde noch transparenter gestaltet werden, wenn wir die grossen Probleme, die auf uns zukommen, lösen wollen. Mit diesen sinnvollen Ausführungen leitete Bürgermeister Hilmar Ospelt am Montagvormittag eine Pressekonferenz ein, an der über aktuelle Fragen aus der Gemeinde Vaduz informiert wurde. Die monatliche Pressekonferenz, die jeweils zu Beginn eines neuen Monats abgehalten wird, soll die bisher veröffentlichten Meldungen «aus der Ratsstube der Residenz» ablösen. Den Pressevertretern soll damit die Möglichkeit eingeräumt werden, zu diesem oder jenem Thema erschöpfender Auskunft zu verlangen oder im wechselseitigen Gespräch auch Hintergründe zu erfahren.

Die Pressekonferenz, zu der die drei liechtensteinischen Zeitungen schon vor einiger Zeit schriftlich eingeladen worden waren, bewies, dass Bürgermeister Hilmar Ospelt

für den Bereich der Gemeinde Vaduz positive Zeichen einer modernen Informationspolitik setzen will. Neben einer Fülle von Informationsmaterial, das wir in verschiedenen Beiträgen im Laufe der nächsten Ausgaben auswerten werden, wick er auch keiner der gestellten Fragen aus. Anwesend waren Redaktionsvertreter unserer Zeitung und des «Wochenpiegels». Das Regierungsorgan glänzte durch Abstinenz. Wollte man damit vielleicht dokumentieren, dass man in der VU traditionsgemäss wenig übrig hat für die Residenz?

Direkte Mitarbeit der Gemeinderäte

Bevor Bürgermeister Ospelt den Pressevertretern ein breites Spektrum von aktuellen Informationen darbot, erläuterte er die Organisation der Vaduzer Gemeindeverwaltung. Er hob die sehr wertvolle, direkte Mitarbeit der einzelnen Gemeinderäte hervor, die in einzelnen Sachreferaten und Fachkommissionen entscheidende vorarbeit für den Gemeinderat leisten.

Finanzengpass trotz positiver Jahresrechnung

Obwohl die Jahresrechnung der Gemeinde Vaduz, die sich derzeit im Druck befindet, mit einem Aktivsaldo von über 5 Millionen

Wahlgesetz

FBP-Informationsabende

Die nächsten Informationsversammlungen finden an folgenden Abenden statt:

- Heute Mittwoch (3. Oktober) um 20.00 Uhr im Hotel Riet Balzers (Referenten: Dr. Walter Kieber, Emanuel Vogt).
- Am Donnerstag (4. Oktober) um 20.00 Uhr im Hotel Saroya Planken (Referenten: Dr. Peter Marxer, Dr. Walter Kieber).
- Am Freitag (5. Oktober) um 20.00 Uhr im Gasthaus Löwen Gampin-Bendern (Referenten: Dr. Walter Kieber, Dr. Ernst Büchel).

Franken abschliesst, fehlt es der Gemeinde an flüssigen Mitteln. Während die aktiven Positionen namentlich in Immobilien investiert sind, entstehen durch die Kreditbeschränkungen empfindliche Engpässe für laufende Ausgaben. Bürgermeister Hilmar Ospelt wies darauf hin, dass Vaduz nicht die einzige Gemeinde sei, die diesem Problem gegenüberstehe. Die Engpässe, die dadurch entstehen, dass fällige Steuern und Subventionen noch nicht einbezahlt sind, gleichen sich in der Regel wieder aus. So könne es vorkommen, dass Vaduz im Oktober einen Fehlbetrag an flüssigen Mitteln von 2 bis 3 Millionen Franken aufweise, der bis im Februar wieder zu einem Aktivsaldo von 3 Millionen Franken umgewandelt sei.

Zur Ueberbrückung dieser Engpässe habe die Gemeinde bis anhin eine Kreditlimite bis zu 6 Millionen Franken bei der Landesbank besessen. Auf diesen Kredit habe man sich verlassen, bis sie von der Landesbank als hinfällig bezeichnet

Fortsetzung auf S/2

Die aktuelle Frage

Wahlgesetz: Unsicherheit bei den Stimmbürgern?

Je näher der Termin für die Volksabstimmung über die Einführung des Kandidatenproporz in Liechtenstein rückt, je mehr Informationsversammlungen in den einzelnen Gemeinden stattgefunden haben, desto mehr drängt sich die Frage auf, ob nicht die Mehrzahl der Stimmbürger durch das neue Wahlsystem verunsichert wird? Während in den Versammlungen selbst verhältnismässig wenig Detailfragen über diesen oder jenen Punkt des neuen Wahlsystems gestellt werden und man so den Eindruck hat, dass dem Stimmbürger die Unterschiede zwischen altem und neuem Gesetz klar sind, stellt sich in den nachfolgenden Gesprächen immer wieder das Gegenteil heraus. Der Liechtensteiner, der sich in der Regel nicht gerne vor vielen Leuten produziert, gibt in persönlichen Diskussionen indessen immer wieder zu, dass ihm das propagierte, neue System Unbehagen bereitet. Dieses wiederum muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass er ein erklärter Gegner des Kandidatenproporz ist. Die FBP, welche sich bemüht, objektiv über Vor- und Nachteile des neuen Wahlsystems zu informieren (wobei sie ihrer Stammwählerschaft selbstverständlich auch die parteipolitischen Aspekte desselben erläutern muss), macht dem Stimmbürger die Entscheidung nicht so leicht, wie die VU, die einfach die JA-Parole propagiert und mit schlecht belegbaren Schlagworten ausstattet. («Wahlen ohne Wahlbeschwerden») Wie die Eschner VU-Versammlung gezeigt hat, erreicht sie damit vor allem ihre Funktionäre. Dem einfacheren Bürger, auf den es letzten Endes ankommt, will man das Nachdenken ersparen. Die direkte Diskussion mit ihm wäre auch anstrengender und würde vielleicht da und dort das mühsam aufrecht erhaltene Bild der Geschlossenheit trüben. Seine innere Unsicherheit aber kann man ihm dabei wohl kaum nehmen, gleichgültig wie die Volksabstimmung am 14. Oktober ausgeht.

